

Referat (unkorrigiertes Manuskript)

Thomas Hagenhofer, Bezirksvorsitzender

Liebe Genossinnen und Genossen,

wie immer ist dieses Referat im Bezirkssekretariat kollektiv erarbeitet worden. Ich danke allen für ihre Zuarbeiten! Das Saarland wird im Moment regelrecht durchgeschüttelt von sich überlagernden Krisen. So eine Situation hat unser Bundesland selten, vielleicht noch gar nicht erlebt. Ob bei Stahl und Automobil, Finanzen, oder Verkehr. In den letzten Tagen hat es in skandalöser Weise die Beschäftigten der Gusswerke Saarbrücken, ehemals Halberg Guss getroffen. Wir kennen als Kommunistinnen und Kommunisten die Ursachen sehr genau. Sie liegen in einer auf Maximalprofit getrimmten kapitalistischen Gesellschaft, die sich ohne Druck weder um die Zukunft unserer Kinder und Enkel noch um soziale Gerechtigkeit, eine menschen- und zukunftsorientierte Daseinsfürsorge oder eine marode Infrastruktur im Saarland schert. Ist also Verzweiflung angesagt? Nein. Wir sollen ganz im Gegenteil Motivation aus unserer marxistischen Analyse und den daraus zu entwickelnden und zu erkämpfenden Lösungen ziehen. Das muss unser Profil sein in einer Zeit großer Risiken und Gefahren, aber auch Chancen.

Die weltweite Situation ist trotz einzelner gegenteiliger Beispiele geprägt von einer umfassenden Rechtsentwicklung, die sich in vielen Politikfeldern zeigt. Diese Versuche der Krisenbewältigung durch reaktionäre Politik rufen vielfachen Widerspruch und auch Widerstand hervor, bei uns besonders ermutigend sind die Jugendproteste gegen die zukunftsbedrohende Klimapolitik. Aber auch die vielen antifaschistischen Protestaktionen und Initiativen zeigen: Wir starren nicht wie das Kaninchen auf die Schlange des erstarkten Neofaschismus. Wir wehren uns gemeinsam und laut. Das bleibt nicht nur unser Auftrag.

Wir sind empört über den Putsch in Bolivien, der wieder einmal mit massiver Unterstützung der USA und der EU, allen voran Deutschlands, vonstattenging. Das Muster ist immer dasselbe: Wie in Brasilien werden Schwächen der regierenden linken Regierungen ausgenutzt, um einen Staatsstreich durchzuführen. Man darf nicht vergessen: In Bolivien geht es um eines der größten Lithium-Vorkommen der Welt, also genau um den Rohstoff für die boomende Batterieproduktion. Die Regierung Morales hatte den Abbau im Interesse der Umwelt und der indigenen Bevölkerung eingeschränkt. Wie in Brasilien werden wir nun erleben, dass die alten Eliten wie Großgrund- und Mienenbesitzer versuchen werden, alle Errungenschaften zurückzudrehen. Dazu paktieren sie einmal mehr mit Klerikal-Faschisten. Aber das wird für sie nicht so leicht werden. Trotzdem müssen wir nach Chavez, Lula und Morales als Linke solidarisch und ohne europäische Besserwisserei fragen, warum es so schwer fällt, einen qualitativen Sprung nicht nur in der sozialen sondern auch in der Entwicklung der Zivilgesellschaft zu organisieren. Wir wissen aus leidvoller Erfahrung, wozu Führerkult und ähnliche Erscheinungen langfristig führen. Unsere volle Solidarität gilt aber in diesen Stunden erst einmal allen, die sich gegen den Putsch und den Roll back in Bolivien und anderswo zur Wehr setzen.

Da haben wir als zweites den Überfall der Türkei auf Rojava in Nordsyrien. Die anderen NATO-Staaten protestieren, aber lassen Erdogan gewähren. Nun konnte das schlimmste Szenario verhindert werden, das einer kompletten Besetzung durch die Türkei und ihre Dschihadisten-Stoßtrupps mit brutalen Folgen für die Menschen dort, Aber nur weil die kurdischen Kräfte tausendmal mehr Verantwortungsbewusstsein für die Menschen in der Region besitzen als die Führung in Damaskus oder die Regierungen in Moskau und Washington. Unterm Strich haben die Kurden beschlossen, Leib und Leben der Menschen zu retten und dafür die erkämpften

gesellschaftspolitischen Alternativen zurückzustellen. Rojava wird wohl leider erst einmal Geschichte werden.

Offensichtlich gibt es ein schlimmes Informationsdefizit über die Politik der YPG und der PKK in der DKP generell. In diesen Organisationen hat es vor vielen Jahren einen Erneuerungsprozess gegeben, der auch zur Aufgabe von Maximalforderungen in der Staatenfrage geführt hat. Wir konnten dies auf unserer eigenen Veranstaltungen zu diesem Thema selbst mitverfolgen und haben in einer Erklärung unsere Solidarität mit den Menschen in Rojava zum Ausdruck gebracht. Völlig unverständlich ist uns die Reaktion des Parteivorstandes auf unsere Solidaritätserklärung. Anstatt angesichts der Bedrohung der Kurdinnen und Kurden nun ihre Zurückhaltung aufzugeben, verweigert der Parteivorsitzende nicht nur jede Solidarität sondern fordert uns auf, die Erklärung zurückzuziehen. Das ist einfach nur noch ignorant und zynisch. Wir werden als saarländische Kommunistinnen und Kommunisten fortschrittlichen Bewegungen, die von einem imperialistischen Aggressor bedroht werden, niemals die Solidarität verweigern. Deshalb haben wir mit einem entsprechenden Brief an den Parteivorstand geantwortet.

Auf dem Feld des Kampfes für eine friedliche Zukunft gibt es weitere Rückschläge. Die EU-Kommission unter von-der-Leyen und die neue Kriegsministerin aus dem Saarland bereiten eine Kriegspolitik in neuer Qualität vor. Germans to the front! Jetzt soll Deutschlands Sicherheit nicht mehr nur am Hindukusch und Mali sondern gleich in Ostasien verteidigt werden. Der ehemalige Bundespräsident Köhler musste noch zurücktreten, weil er die deutschen Interessen auch militärisch durchsetzen wollte. Jetzt sprechen von der Leyen und AKK völlig ungeniert von den wirtschaftlichen Interessen, die durch Kriegseinsätze weltweit abgesichert werden sollen. Hier wird das Grundgesetz mit Füßen getreten.

Die Aufrüstung der NATO und insbesondere Deutschlands setzt sich fort. Europa müsse „auch die „Sprache der Macht lernen“, so tönt es aus Brüssel.

AKK wollte die Bundeswehr durch die Hintertür in einen weiteren Krieg nach Syrien treiben, um die Rolle Deutschlands auf dem Feld militärischer Auseinandersetzung zu stärken. Glücklicherweise war der Vorstoß so fern ab jeglicher Realität, dass derzeit niemand dafür zu erwärmen ist. Aber: Deutschland wird nächstes Jahr die Marke von 50 Milliarden € an Rüstungsausgaben überschreiten. Jetzt will die Ministerin mehr Kriegseinsätze anderswo, als erstes in Mali und das 2% Ziel durchsetzen.

Stoppen wir die gefährliche Aufrüstung, weg mit den Atomwaffen in Büchel, setzen wir Rüstungsexporten ein Ende. Schluss mit militärischen Übungsflügen und anderer Klimazerstörung durch das Militär. Hier können wir unmittelbar mit Klimaschutz loslegen, reduzieren die Kriegsgefahr und sparen noch Ressourcen dabei für sinnvolle Zwecke. Es gibt keinen effektiveren Klimaschutz als Abrüstung!

Wir unterstützen deshalb die Aktionen der Friedensbewegung und des FriedensNetz Saar. Es ist toll, dass der letzte Ostermarsch auch durch die Beteiligung von Fridays for future und den KollegInnen von Saarstahl fast doppelt so groß war wie der vorhergehende. Das ist doch ein prima Beispiel für die Vernetzung von Bewegungen für gemeinsame Ziele – wir brauchen mehr davon! Nächstes Jahr werden die Ostermärsche in Deutschland 60 Jahre alt. Das ist doch ein zusätzlicher Grund, gemeinsam loszulegen für eine bessere Welt ohne Militarismus und Krieg!

Liebe Genossinnen und Genossen,

heute stehen wir in der Klimapolitik vor einer großen Herausforderung. Der Kapitalismus hat mit seinem profitmotivierten Festhalten an einer nicht-adäquaten Produktions- und Konsumptionsweise den Klimakollaps ausgelöst. Um eine Katastrophe globalen Ausmaßes zu verhindern, muss nun innerhalb von wenigen Jahren eine komplette Wende zur Dekarbonisierung

durchgesetzt werden. Das in Deutschland aktive Kapital hat sich mehrheitlich für einen Verweigerungs- oder Verschleppungskurs gegen den Klimaschutz entschieden. Ihnen geht es darum, ihre Profite zulasten der arbeitenden Menschen und der Umwelt so lange wie möglich zu retten. Es geht sowohl um die Durchsetzung der Klimawende als auch um die Frage: Wer bezahlt? Wem werden die sozialen Lasten aufgebürdet? Wer zahlt die Zeche für die Suppe, die uns Energiekonzerne, Autoritäten und Agrarindustrie eingebrockt haben? Es geht also um eine harte Klassenauseinandersetzung auf dem Feld der Klima- und Umweltpolitik.

André Leisewitz schreibt in seinem Beitrag »Marx, Engels und die Klimakrise. Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht« in der aktuellen Ausgabe von Z Zeitschrift Marxistische Erneuerung:

„Die marxistische Linke muss auf beiden Feldern präsent sein. Sie muss mit klarem Blick auf die antagonistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse im Kapitalismus für mehrheitsfähige sozialökologische Umgestaltungen eintreten. Sie muss dazu beitragen, dass die neuen Klima- und Jugendbewegungen an Einfluss gewinnen, die völlig zu Recht die Sicherung zukünftiger Lebensmöglichkeiten hier und in der ganzen Welt zu ihrer Sache machen. Sie muss in den dabei unvermeidlichen Verteilungskämpfen energisch für die Interessen der Lohnabhängigen eintreten – also alle Versuche zurückweisen, die Kosten des Umbaus der Produktionsweise einseitig auf sie abzuwälzen. Und sie kann das im Bewusstsein tun, dass hier wieder neue Ansatzpunkte für die Perspektive einer am Gemeinwohl und Gemeineigentum orientierten Gesellschaft mit Primat der Politik über die Ökonomie wachsen können, einer sozialistischen Gesellschaft.“

Und in der Tat: Alle Maßnahmen der GroKo in Berlin wälzen die Lasten vor allem auf die arbeitende und von Arbeit ausgegrenzte Bevölkerung ab. So wird es weder etwas mit dem Klimaschutz noch mit der dringend notwendigen Umverteilung des Reichtums von oben nach unten. Und immer mehr Menschen erkennen, dass dieses System weder klima- noch menschenfreundlich ist. Greta Thunberg sagte beim Klimagipfel vor fast genau einem Jahr wörtlich: „Wenn es unmöglich ist, Lösungen im bestehenden System zu finden, sollten wir das System an sich ändern.“ Genau darum geht es, liebe Genossinnen und Genossen.

Es wird deutlich, dass echte Klimapolitik den Kapitalismus in seine Schranken weisen und dauerhaft überwinden muss. Daher sollten wir als Kommunistinnen und Kommunisten selbstbewusst in diese inhaltlichen Debatten eingreifen. Gerade hier gilt Marx statt Murks – wenn der Mensch und das Klima nicht vor den Profit gehen, kann man den Kapitalismus vielleicht grün anmalen, aber nicht das Klima retten. So wie es keinen sozialen Kapitalismus geben kann, wird es auch keinen klimafreundlichen Kapitalismus geben. Aber wir wissen auch, dass die Überwindung dieses Krisensystems wie Brecht schrieb, eine Sache ist, die eigentlich einfach, doch schwer zu machen ist. Deshalb brauchen wir jetzt schnelle Veränderungen noch im Kapitalismus, die die Verfügungsgewalt des Kapitals einschränken und so einen sozial-ökologischen Umbau ermöglichen. Das werden extrem harte Auseinandersetzungen in den kommenden Jahren und wir sollten nicht an der Seite stehen sondern nach unseren Kräften mitmischen.

Was ist nun statt des völlig unbrauchbaren Klimapakets der Bundesregierung kurzfristig notwendig?

Zu allererst eine umfassende Abrüstung, dazu habe ich oben schon argumentiert. Zudem brauchen wir eine Verkehrswende, die diesen Namen verdient, die keine superschweren SUVs (ob als Verbrenner oder mit Elektroantrieb) sondern den ÖPNV fördert, Güter auf Schiene und Wasser bringt.

Also: Vorfahrt für den ÖPNV, Radfahrer und Fußgänger, viel mehr Geld für die Bahn. Hier müssen zig Milliarden fließen, um den kaputtgesparten Nahverkehr wieder zu einer attraktiven

Alternative zum Auto zu machen. Schnell raus aus der Braunkohle. Die Dekarbonisierung der Produktion kann nicht marktwirtschaftlich sondern nur durch entsprechende Vorgaben und intensive Forschung erreicht werden. Es ist ein einziger Skandal, dass in der deutschen Windkraftenergie in den letzten drei Jahren mehr als 40.000 Arbeitsplätze vernichtet wurden, weil keine verbindliche gesamtgesellschaftliche Planung für die Energiewende vorliegt und alles dem Markt überlassen wird.

Darüber hinaus muss die Agrarindustrie komplett umgestaltet und als Querschnittsaufgabe noch mehr Energieeinsparungen ermöglicht und durchgesetzt werden.

Politisch kann diese Wende nur durch breite Bündnisse erkämpft werden. Wir brauchen den Schulterschluss von Gewerkschaften mit der Klima- und Umweltbewegung sowie weiteren sozialen Bewegungen inklusive der Friedensbewegung. Im Saarland haben wir mit einem Dialog darüber begonnen, gehen gemeinsam auf die Straße.

Gleichzeitig wird klar, dass wir uns, wie Klaus Dörre formuliert, in einer ökonomischen und ökologischen Zangenkrise des Kapitalismus befinden. Ähnlich einem stark ausgebeuteten Bergwerk gibt es immer weniger zusätzlichen Ertrag, also Wachstum und gleichzeitig muss dafür immer mehr an Ressourcen eingesetzt werden, vor allem natürliche. Der Raubbau bedroht nun das Leben auf diesem Planeten. Das bedeutet nicht, dass der Kapitalismus zusammenbricht, es bedeutet aber, dass die Krisen sich immer weiter verschärfen so wie wir es derzeit erleben.

Es ist sicher kein Zufall, dass sich in jüngster Zeit Aufstände gegen Regierungen weltweit häufen – Gelbwesten in Frankreich, Massenproteste gegen die Regierenden in Chile, die gerade eine neue weniger neoliberale Verfassung erkämpfen, im Libanon, in Kolumbien, im Irak. Sie weisen darauf hin, dass die Menschen die Auswirkungen dieser Krisen auf ihr Leben nicht mehr länger hinnehmen. Der Wahlerfolg der Linken in Argentinien gegen den Trend in der Region ist ebenfalls Ausdruck davon und ein Hoffnungsschimmer. Aber die Perspektive für die Argentinier bleiben ernüchternd. Dennoch: Die Bereitschaft zum Widerstand wächst – auch bei uns.

Liebe Genossinnen und Genossen,

In der EU verstärkt sich trotz anderslautender Lippenbekenntnisse der Druck gegen Geflüchtete, auch das ist eine Wirkung der Rechtsentwicklung. Die französische Regierung verschärft ihr Vorgehen und lässt Camps räumen, anstatt für ordentliche Unterkünfte zu sorgen und in Griechenland häufen sich seit dem Regierungswechsel die Rückführungen in die Türkei. Jetzt sollen die Geflüchteten dort in neue geschlossene Lager, also in Gefängnisse für Zitat „Abflug- und Identifizierung“ untergebracht werden.

Auch wenn die schlimmsten Maßnahmen gegen die Seenotretter im Mittelmeer durch das Ende der Regierungsbeteiligung der Lega in Italien beendet wurden, gibt es nach wie vor keine Lösung zur Aufnahme schiffbrüchiger Menschen. Wir erinnern daran, dass auch in diesem Jahr bis Oktober mehr als 1.000 Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ertrunken sind. Und es gibt eine weitere schlechte Nachricht. An Land, also auf dem Weg zum Mittelmeer, sterben nach Schätzungen des UNHCR nochmal doppelt so viele.

Wir bleiben deshalb bei unserer Position: Seenotrettung ist kein Verbrechen sondern Aufgabe der EU-Staaten. Menschen dürfen nicht auf die mörderischen Überfahrten gehetzt werden z. B. durch Folterlager in Libyen. Wir brauchen sichere Fluchtwege nach Europa! Es gilt, endlich die Fluchtursachen zu bekämpfen, statt Abschottung zu betreiben und FRONTEX aufzurüsten. Wir brauchen Perspektiven für die Menschen südlich der Sahara durch mehr Unterstützung, aber insbesondere durch fairen Handel. Schluss mit der Zerstörung der dortigen lokalen Wirtschaften

durch Freihandelsabkommen und Exporte aus der EU und anderen Regionen. Bei uns dürfen die Geflüchteten nicht gegen die Interessen anderer Teile der Arbeiterklasse ausgespielt werden. Wir brauchen schnell bezahlbare Wohnungen und ein Ende der Ausbeutung durch prekäre Beschäftigung für alle. Hierfür müssen unbedingt mehr Mittel in die Sprachförderung an den Kindertagesstätten und Schulen fließen - für alle Kinder, die dies brauchen.

Mit diesen Entwicklungen Einher gehen in Deutschland schlimme Wahlergebnisse in den neuen Bundesländern. Die faschistoide AfD wird in Thüringen zweitstärkste Kraft mit 23,4% hinter einer starken Partei DIE LINKE mit 31 Prozent.

Sehr gefährlich ist die Bereitschaft vieler in der Ost-CDU zur Zusammenarbeit mit der AfD. Wir haben immer davor gewarnt, dass ähnliche Konstellationen wie in Österreich mit ÖVP und FPÖ auch in Deutschland eine reaktionäre Regierungsvariante werden könnte. Noch gibt sich die Führung dafür nicht her, aber Werteunion und andere Konservative warnen vor, so wörtlich, Denkverboten. Diese Damen und Herren schrecken offensichtlich nicht davor zurück, einer von Faschisten geführten Partei den Weg in die Regierungssessel zu ebneten. Programmatisch scheint die CDU in jedem Fall einen konservativen Kurswechsel vorzubereiten – ob mit AKK oder mit Merz. Die Zivilgesellschaft muss mobilisiert werden gegen jegliche Regierungsbeteiligung oder Tolerierung durch die AfD.

Wie gefährlich zusätzlich die Radikalisierung am rechten Rand der Gesellschaft geworden ist, zeigte einmal mehr der Anschlag in Halle. Nur mit Glück konnte ein Massaker in einer Synagoge verhindert werden. Der Attentäter machte deutlich, wo er seine Feindbilder sah und töten wollte: In einer Moschee, in einem Treffpunkt oder Zentrum von Linken oder eben in einer Synagoge. Und natürlich sind die politisch Verantwortlichen wieder völlig überrascht. Das sind wir nicht: Wir erinnern an das versuchte Bombenattentat auf das Wahlkampfbüro der Linke Liste/PDS in Saarbrücken vor fast genau 30 Jahren oder an den Anschlag auf die Wehrmachtsausstellung im Vhs-Zentrum im Jahr 1999. Die Täter wurden nie gefasst. Nach den NSU-Morden und den damit verbundenen Geheimdienstskandalen muss man sich fragen, ob das nicht längst System hat.

In dieses Bild der forcierten Rechtsentwicklung passt natürlich auch der Vorstoß für eine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters u. a. durch den Bundesbankchef Jens Weidmann. Weidmann ist sicher einer der gefährlichsten Neoliberalen in Europa. Spitzenbeamte, die ihre Schäfchen nach einem oder zwei Jahrzehnten ihrer Tätigkeit ins Trockene gebracht haben, sagen uns, dass wir bis zum Umfallen und noch länger arbeiten sollen. Unverfroren und schamlos sind die smarten Nachgeborenen von Thatcher und Pinochet.

Wie widersprüchlich die immer wieder eingeforderte Haltung gegen rechts bei den politisch Verantwortlichen selbst ist, macht aktuell der Umgang mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten deutlich. Da wird zum einen unserem Genossen und langjährigem ehemaligen Landessprecher der VVN, Horst Bernard, vom Bundespräsidenten das Bundesverdienstkreuz verliehen. Herzlichen Glückwunsch, lieber Horst! Nahezu gleichzeitig wird zum anderen der Bundesvereinigung der (VVN-BdA) e.V. die Gemeinnützigkeit entzogen. Damit verbunden sind vorerst Steuernachforderungen in fünfstelliger Höhe, die noch in diesem Jahr fällig werden. Weitere erhebliche Nachforderungen sind zu erwarten und auch zukünftig drohen wesentlich höhere steuerliche Belastungen. Damit ist die VVN in ihrer Existenz bedroht, so die Bundesvorsitzenden. Wir sind solidarisch mit unseren Kameradinnen und Kameraden. Stoppen wir gemeinsam diesen Angriff auf die wichtigste antifaschistische Organisation unseres Landes!

Liebe Genossinnen und Genossen,

nicht nur global stehen die Zeichen auf Sturm, auch im Saarland überlagern sich die einzelnen Krisen Automobil, Klima, ungleiche Lebensverhältnisse und Überproduktionskrisen. Kaum eine Woche, in der keine neuen Stellenstreichungen in der saarländischen Industrie verkündet werden, aktuell sollen allein in den nächsten zwei Jahren etwa 11.000 Arbeitsplätze wegfallen.

Das Saarland trifft die Klimawende in besonderem Maße: Nach der Monostruktur Kohle und Stahl wurde ganz bewusst im Interesse der Konzerne auf eine neue Monostruktur Automobilindustrie, vor allem deren Zulieferer gesetzt. Jetzt ist die Ratlosigkeit in der Saar-Groko groß. Da wurden alle extrem schmallippig, als die ersten Meldungen von Kurzarbeit in die Staatskanzlei flatterten. Hatten sie doch die Monate zuvor, den SaarländerInnen vorgegaukelt, alles sein auf dem bestem Weg. Schon jetzt steigt die Arbeitslosigkeit, die Zahl der offenen Stellen sinkt.

Als DKP Saarland haben wir eine lange Tradition, wenn es darum geht, an den Schnittstellen von Menschheitsfragen und Klassenfragen Forderungen im Interesse der arbeitenden Menschen zu entwickeln. Wir haben dies immer als einen Beitrag zu den Klassenauseinandersetzungen in diesem Land verstanden und gleichzeitig nach Bündnispartnern gesucht, mit denen solche Programme umsetzbar wären.

Es hätte alles anders kommen können, wenn auf warnende Stimmen gehört worden wäre, wenn Umbaukonzepte, wie auch wir sie gefordert und ausgearbeitet haben, frühzeitig umgesetzt worden wären.

Jetzt fällt den politisch Verantwortlichen nichts anderes ein, als den individuellen CO₂-Ausstoß zu besteuern oder mit einem Preis zu versehen. Zusätzlich wird der Angriff auf die Geldbeutel garniert mit lächerlichen Miniaktionen wie die Förderung von modernen Gasheizungen und etwas geringeren Bahnpreisen. Alle ernstzunehmenden Wissenschaftler gehen davon aus, dass dies nicht reichen wird, manche ziehen jeglichen Nutzen einer CO₂-Besteuerung infrage. Die auf der unteren sozialen Skala können nicht noch mehr verzichten, die sind schon am Limit und Alternativen wie ein funktionierender ÖPNV fehlen, vor allem im Saarland. Und die auf der Sonnenseite werden sich wegen ein paar Euro mehr für Kraftstoff und Heizöl nicht von ihren schweren Luxus-SUVs und Swimmingpools abbringen lassen. Sie werden kurzfristig durch die erhöhte Pendlerpauschale sogar deutlich entlastet. So wird die Klimawende nicht funktionieren. Sie wird zu einem sozialen Treibsatz, der angesichts der Stimmungslage noch mehr Wähler/innen in die Arme der AfD treiben wird. Noch haben wir angesichts des AfD-Personals im Saarland relativ geringe Zustimmungswerte für die AfD. Dies könnte sich schnell ändern.

Was jetzt Not tut, ist ein Politikwechsel für einen sozialen und ökologischen Umbau.

Die Stahlindustrie ist von den Krisen in besonderer Weise betroffen. Sie ist zu 70% von Aufträgen aus der Automobilindustrie abhängig und gehört – trotz vieler Optimierungen in den letzten Jahren - zu den Industrien mit dem höchsten CO₂-Ausstoß. Die schrittweise Verteuerung der für die Produktion notwendigen CO₂-Zertifikate in der EU erhöht den Druck im internationalen Wettbewerb. Dabei haben wir es insgesamt bereits mit einer Überproduktionskrise im Stahlsektor zu tun, die die Preise weiter sinken lässt. Übrigens alles zugunsten der Profite in stahlverbrauchenden Industrien wie dem Automobilbau. Die Unternehmensführung setzt in dieser Krise von Anfang an auf Konfrontation, hat versucht Tatsachen zu schaffen, ohne die im Rahmen der Montanmitbestimmung vorgesehenen Beteiligungsrechte im Vorfeld zu beachten. Sie haben auf den Schock- und Überraschungseffekt gesetzt, wohl um schnelle Zugeständnisse von den Gewerkschaften und Betriebsräten zu bekommen. Sie haben sich nach derzeitiger Sicht geirrt. Schnell und beeindruckend lief die Protestbewegung an und sie bereitet neue Höhepunkte vor, wie einen Marsch der 1000 nach Brüssel.

Beeindruckend ist in dieser Auseinandersetzung, dass die IG Metall von Beginn an keinerlei Zugeständnisse macht und auch für sonst oft als Manövriermasse genutzte Belegschaftsteile wie die befristet Beschäftigten kämpft. Das ist schon bemerkenswert.

Wir unterstützen daher als DKP auch die 14 Forderungen der IG Metall Völklingen:

Einige Kernforderungen sind:

- die Aufforderung an die Bundesregierung und die EU die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Stahlindustrie und der entsprechenden Wertschöpfungsketten zu sichern; dazu kommen dann mehrere Einzelforderungen;
- den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen und die sozialverträgliche Gestaltung des Umbauprozesses, einschließlich einer Perspektive für die Auszubildenden, der Durchführung von Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, kein „Outsourcing“ von Betriebsteilen und den Erhalt aller Standorte;
- die Ausweitung der Montanmitbestimmung um Alleingänge der Unternehmensleitung zu verhindern;
- und die Ankündigung weiterhin dafür zu kämpfen.

Wir sollten den Marsch nach Brüssel in den Mittelpunkt unserer nächsten Aktivitäten setzen, uns aktiv daran beteiligen und ein Transparent „Solidarität – DKP Saarland“ dafür drucken lassen.

Dass sich im Saarland Neues tut, sieht man auch daran, dass sich Bewegungen stärker vernetzen. So wie FFF und die IG Metall Völklingen sich am Ostermarsch beteiligt haben, so rief FFF Saarland auf, die Stahlarbeiterkundgebung vor dem Landtag zu unterstützen. FFF selbst hat bei den letzten Klimastreiktagen gezeigt, dass die Bewegung die Sommerpause überstanden hat und breiter geworden ist. Sie sind zu einem Faktor in der Politik geworden – national und international. Dennoch gibt es auch fragwürdige Seiten, wie die Verbote von Parteifahnen und Flyerverteilungen auf deren Demos und ihre teils individualistischen Lösungsansätze, die vor allem auf Verhaltensänderungen der Bevölkerung setzen.

Jetzt muss schnell gehandelt werden, um die saarländische Stahlindustrie auf die wasserstoffbasierte Eisenerzeugung umzustellen. Dabei ist neben den technischen Hürden vor allem der hohe Strombedarf eine Herausforderung. Dieser muss durch ein Bündel von Maßnahmen sichergestellt werden und natürlich ohne Atomstrom aus Cattenom. Fördergelder des Bundes und die Strukturfonds der EU müssen massiv angezapft werden. Zudem ist das Zertifikatesystem durch zielgerichtete Förderung von Stahlerzeugung für den ökologischen Umbau zu ersetzen. Hierfür muss es Anreize und staatliche Abnahmegarantien geben. Übergangsweise kann der CO₂-Ausstoß der konventionellen Stahlerzeugung kompensiert werden durch CO₂-Einsparungen in anderen Sektoren wie Militär, Verkehr und Landwirtschaft.

Liebe Genossinnen und Genossen,

eben ist es schon erwähnt worden. Die Krise trifft nicht nur die Stahlindustrie. Weitere 11.000 Industrie-Arbeitsplätze sollen in den nächsten zwei Jahren vernichtet werden und Ersatz ist dünn gesät. Auch die Beschäftigten bei Ford Saarlouis sind alarmiert, eine ganze Schicht ist schon gestrichen worden. Das allein hat bereits 1.600 Arbeitsplätze bei Ford und 700 weitere bei Zulieferern gekostet. IG Metall und Betriebsrat fordern eine Jobperspektive über das Jahr 2024 hinaus. Falls die nicht kommt, „dann geht es 2020 um mehr als nur die Wurst“, so Lars Desgranges, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Völklingen.

Es droht nicht weniger als die De-Industrialisierung des Landes. Deshalb brauchen wir schnellstmöglich einen Schutzschirm für Arbeitsplätze im Saarland. Das Recht auf Arbeit steht in der saarländischen Landesverfassung. Wann wenn nicht jetzt, in einer Zeit großer

Herausforderungen, muss dieses Recht in praktische Politik umgesetzt werden. Wir fordern daher ein Verbot betriebsbedingter Kündigungen für alle Großbetriebe im Saarland, mindestens bis 2030. Unternehmen, die ihre Produktion und ihre Produkte im Sinne des Umwelt- und Klimaschutzes umstellen, erhalten – falls notwendig – Unterstützung z. B. in Form von Abnahmegarantien für nachhaltige Produkte oder Fördergelder für Forschung und Entwicklung.

Finanziert werden müssen der sozial-ökologische Umbau und der Schutzschirm für Arbeitsplätze durch eine Sonderabgabe auf große Einkommen, Vermögen und Profite Diejenigen, die sich durch den Raubbau an Umwelt und Klima bereichert haben, müssen zahlen. Wir brauchen den schnellen Ausbau der Forschungslandschaft zu ökologischer Industrieproduktion im Saarland. Die Ausweitung der Mitbestimmung in den Unternehmen und die Beteiligung gesellschaftlich relevanter NGOs wie Umwelt- und Sozialverbände und Scientists for future an der Gestaltung des Umbaus.

Statt „Jahrzehnt der Investitionen“ droht im Saarland ein Jahrzehnt des fortgesetzten, neoliberal geprägten Niedergangs. Alles ist kaputtgespart, im Bildungswesen, bei der Daseinsfürsorge, im ÖPNV und im Wohnungsbau.

Die Landesregierung verändert nun notgedrungen ihren Ton in der Finanz- und Förderpolitik. Wir haben immer betont, dass Saarlandpakt und andere Entschuldungsansätze auf tönernen Füßen stehen. Nun hat sich – wie von uns befürchtet – die wirtschaftliche Lage verschlechtert und schon geraten sie in Panik. Keine Sprüche mehr vom gut bestellten Haus. Auf einmal fordert Bouillon nach in Kraft Setzung des Saarlandpakts mehr Unterstützung vom Bund und die Angleichung der Lebensverhältnisse, die SPD bleibt blass und tragt hinterher. Wie sehr das Land kaputtgespart wurde, zeigt die neuste Initiative des Innenministers. Das Saarland kann die sowieso dürftigen Förderprogramme für den sozialen Wohnungsbau nicht nutzen, weil es den Eigenanteil nicht stemmen kann. Warum? Natürlich wegen der Schuldenbremse. Das ist der Offenbarungseid in der Landespolitik. Im ganzen Saarland gibt es nur noch 500 Sozialwohnungen! Jetzt will Bouillon Ausnahmeregelungen für stark verschuldete Länder. Was für eine unsägliche Flickschusterei. Wir sagen nochmals: Die Schuldenbremse muss weg, Land und Kommunen müssen dauerhaft entschuldet und steuerlich besser gestellt werden.

Die Ausrichtung der Landespolitik auf die Informations- und Kommunikationstechnologie scheitert an der Konkurrenz anderer Standorte und an einer fehlenden zukunftsfähigen Industriepolitik. Für wen sollen denn im Saarland IT-Dienstleistungen entstehen, wenn die abnehmende Industrie immer weiter heruntergefahren wird. Durch das Verschlafen des sozial-ökologischen Umbaus zugunsten der kurzfristigen Profitmaximierung wurde nicht nur der saarländischen Industrie sondern auch den Dienstleistungen perspektivisch das Wasser abgegraben.

Gleichzeitig profiliert sich die Landesregierung mit Maßnahmen zum Demokratieabbau: Mehr Abschiebungen finden statt, das ANKER-Zentrum in Lebach etabliert, die Videoüberwachung und automatisierten Kennzeichenerfassung ausgebaut. Die elektronische Aufenthaltsüberwachung („elektr. Fußfessel“) wird auf sogenannte Gefährder ausgeweitet, Body-Cams für Polizisten dürfen nun auch in Wohnungen eingesetzt werden und flächendeckend kommen Elektroschockwaffen zum Einsatz. Antifaschistische Projekte sind durch begrenzte Förderdauer bedroht. Kurdinnen und Kurden erleiden Repressalien durch PKK-Verbot und das Verbot kurdischer Symbole. Wir sind auf dem Weg in einen Polizei- und Überwachungsstaat, wenn dieser Entwicklung nicht Einhalt geboten wird.

Unsere Alternativen zur Landespolitik sind:

Sofortiges Aussetzen der Schuldenbremse wegen des Klimanotstands, fehlenden Wohnungen und Infrastrukturverfall, zwei Milliarden Investitionsprogramm durch Bundesmittel zur Beseitigung des

Investitionsstaus in Verkehr, Bildung, Umwelt, Wohnen, Kultur finanziert durch eine Millionärssteuer.

Sonderprogramm zur Armutsbekämpfung, Schluss mit prekären Beschäftigungsverhältnissen

Massiver Ausbau des sozialen Wohnungsbaus!

Dafür muss die GroKo beendet werden – im Saarland und in Berlin.

Und noch ein Wort zur gescheiterten Ansiedlung von Tesla. In einem Nebensatz in der Saarbrücker Zeitung wird erwähnt, was Musk dort bauen lassen will: Neben Batterien vor allem Geländesportwagen für 40.000 EUR aufwärts. Das ist doch kein Beitrag zum Klimaschutz sondern Luxusproduktion für Autofans. So wird der Umbau nicht gelingen. Aber die Tatsache, dass die Landesregierung das Rennen nicht machen konnte, zeigt erneut, wie weit das Saarland mittlerweile zurückgefallen ist: In den Verkehrsanbindungen, in der übrigen Infrastruktur, in Bildung und Kultur. Und da ist es prima, dass unser Ministerpräsident ein guter Katholik ist, und an Wunder glaubt. Ein solches Wunder hat nämlich nach unserem Landeschef letzten Monat stattgefunden. Habt ihr nicht mitgekriegt? Das ist wirklich kein Wunder! Denn Hans hat die Ansiedlung einer Außenstelle des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik mit sage und schreibe 30 Stellen tatsächlich als ein Wunder bezeichnet. Da kann man nur sagen: Oh weh, die Not ist offensichtlich groß in der Staatskanzlei.

Leider gibt die saarländische Linke als Gegenkraft derzeit keine gute Figur ab. Das trifft nicht nur auf die DKP zu. Die Partei DIE LINKE ist hoffnungslos zerstritten und es ist bislang keine Kraft oder Person in Sicht, die diesen Zustand in einem konstruktiven Prozess überwinden könnte. Nahezu bei jeder politischen Frage wird die Spaltung sichtbar. Dies macht es schwer, linke Kräfte im Saarland strategisch über die zum Teil durchaus erfolgreichen Aktionsbündnisse zu bündeln. Daher müssen wir feststellen, dass wir mit unserem Ansatz zu einem verstärkten Dialog der Linken zunächst steckengeblieben sind. Dennoch sehen wir nach wie vor keine Alternative zu diesem Prozess. Entweder wir raufen uns langfristig zusammen oder der Neoliberalismus wird weiter die Landespolitik bestimmen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wie auf den letzten Konferenzen betont, können wir die Lebens- und Kampfbedingungen im Saarland nicht aus dem großen und ganzen des weltweiten Kapitalismus herauslösen oder herausdenken. Wir wissen auch, dass ohne einen entsprechenden Aufbruch für eine andere Welt auch im Saarland kein gesellschaftspolitisches Problem nachhaltig gelöst werden kann.

Die Frage ist aber zu beantworten, auch von uns Kommunisten, welche konkreten Aufbruchssignale dafür können wir kreativ nutzen, selbst und mit anderen entwickeln?

Uns geht es dabei perspektivisch um eine Wende hin zur Friedenspolitik, zu demokratischem und sozialem Fortschritt. Zu mehr sozialer Gerechtigkeit und Bekämpfung von Unsicherheit.

Notwendig ist ein alternatives gesellschaftspolitisches Konzept, das überzeugend und glaubwürdig ist.

Ein solches alternatives Projekt muss nach unserer Meinung heute folgende Dreh- und Angelpunkte beinhalten:

Den entschiedenen Widerstand gegen die Kaputtsparpolitik, kein Einklinken und Mitmachen, Bekämpfung der Schuldenbremse und der Kampf um Verbesserungen der Lage, insbesondere der Mehrheit, der Arbeitenden und Arbeitslosen. Den entschlosseneren Kampf gegen Arbeitsplatzabbau und Betriebsschließungen, Sozialabbau in den Betrieben und im öffentlichen Dienst. Den Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte, um mehr Mitbestimmung, für

Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frauen und den Erhalt der kommunalen Strukturen. Das Engagement gegen rechtes Gedankengut, gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Der Einfluss der AfD auf die Landespolitik muss verhindert werden! Es ist ein Kampf um eine andere Verteilung der Reichtümer dieser Gesellschaft. Die Reichen müssen endlich zur Kasse gebeten werden. Die DKP steht und wirbt für einen antikapitalistischen Kurs, weil nur so die Probleme an der Wurzel angepackt werden können.

Die DKP sieht zum offenen Dialog, zum produktiven Diskurs aller, die eine fortschrittliche Veränderung wollen und dafür wirken, keine tragfähige Alternative. Aus unserer Sicht ist ein neuer Anlauf, eine neue Initiative dafür dringend notwendig. Die DKP wird im Saarland dafür entsprechend ihrem Einfluss und ihren Möglichkeiten eintreten, Initiativen unterstützen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir stehen kurz vor dem 23. Parteitag und tun uns, wie viele in der Partei, schwer mit dem vorliegenden Leitantrag. Wie mit den beiden vorangegangenen, die mit äußerst problematischen Aussagen und Feststellungen gegen mahnende Stimmen und Änderungsanträge mehrheitlich durchgesetzt wurde. Als ein Beispiel sei nur genannt: „Raus aus der EU!“ Nach diesen Anträgen kräht kein Hahn mehr, weil sie schon am Tag der Verabschiedung in vielen Fragen falsch oder durch aktuelle Entwicklungstendenzen überholt waren. Wir erinnern uns auch, dass alle Anträge, die darauf zielten genau dies zu verhindern, von der Mehrheit abgeschmettert wurden. Die letzten Leitanträge waren in erster Linie Instrumente, um in der innerparteilichen Meinungsbildung zu polarisieren und die Parteiauseinandersetzung zu bestimmen. Die inquisitorisch organisierte Atmosphäre während der Behandlung bleibt in Erinnerung. Sie waren aus unserer Sicht zum Schaden der Partei.

Deshalb sehen wir trotz vieler richtiger Forderungen in der Friedenspolitik und im Kampf um Arbeit und soziale Rechte in diesem jetzigen Leitantrag keine Wende, keinen Aufbruch. Er erhält sogar programmatische Rückschritte oder einen Stillstand in der Politikentwicklung für die DKP. Leider birgt er die Gefahr der Isolierung der DKP in sich - von demokratischen Bewegungen und auch von Teilen der Gewerkschaften.

Insgesamt gesehen ist der Leitantrag für uns keine ausreichende inhaltliche Grundlage für eine erfolgreiche Arbeit der DKP in den kommenden Jahren. Er fordert nicht heraus sich mit den Entwicklungen konkreter zu beschäftigen. Er befördert deshalb auch nicht eine dringend notwendige Parteidiskussion entsprechend der neuen Herausforderungen.

Er wird die Partei nicht zusammenführen und stärken können. Für uns ist dieser Entwurf deshalb nicht helfend. Und wir sehen auch nicht wie dieser vorliegende Antrag auf ein entsprechendes Niveau gebracht werden könnte.

Notwendig wäre ein neuer Entwurf, der durch ein breites Autorenkollektiv erarbeitet wird und die neuen politischen Fragen einfängt und aus marxistischer Sicht analysiert. Eine solche Diskussionsplattform könnte dann Grundlage einer Parteidiskussion über Politik und Zukunft der DKP werden, in der der 23. Parteitag eine Zwischenetappe bilden würde.

Kommen wir zur Situation im Bezirk. Wir konnten in diesem und im letzten Jahr in einigen Politikfeldern als DKP Impulse für die Kämpfe im Land geben. In der Pflege haben wir nach unseren Kräften mitgeholfen, den ersten Schritt Richtung Entlastung an der Uniklinik zu erkämpfen. Wir waren solidarisch vor Ort bei den um ihre Arbeit und Zukunft kämpfenden Kollegen bei Neue Halberg Guss. Haben mitgeholfen, bei der erfolgreichen Mobilisierung und Durchführung des Ostermarschs und bei zahlreichen Aktionen gegen Neonazis. Es ist ein wichtiger gemeinsamer Erfolg aller Antifaschisten im Saarland, dass Versuche zur Etablierung Pegida

ähnlicher Strukturen und Aktionen im Saarland durch entschlossenen Widerstand unterbunden wurden.

Wir haben unsere Solidarität zum Ausdruck gebracht, mit den Menschen in Rojava und waren auf vielen Demos und Kundgebungen dabei. In der Landespolitik haben wir als einzige Kraft im Saarland den sogenannten Saarlandpakt als Taschenspielertrick entlarvt und mit vielen anderen fortschrittlichen Kräften eine wirkliche Entschuldung der Kommunen eingefordert. Inhaltlich punkteten wir auch mit einigen erfolgreichen Veranstaltungen. Setzten wichtige politische Akzente: So zur Rechtswicklung, zum Frauenbild der AfD und zu Kurdistan. Zu den EU-Wahlen haben wir ein eigenes Material zur EU- und Landespolitik herausgebracht und verteilt, ein eigenes Plakat erstellt und geklebt. Herzlichen Dank allen Genossinnen und Genossen, die all dies möglich gemacht haben – trotz unserer schwierigen Lage!

Aber es gibt nichts schön zu reden, die organisationspolitische Situation des Bezirks bleibt sehr kritisch. Viel zu wenige Neuaufnahmen stehen zunehmende Abgänge durch Tod gegenüber, Austritte bleiben eher die Ausnahme. Wir verlieren auch durch den weiter ansteigenden Altersdurchschnitt an Kraft. Leider mussten wir aus finanziellen Gründen unser Büro aufgeben, wir können uns derzeit nur einen kleinen Lagerraum leisten.

Im dieser Konferenz vorliegenden Antrag zu unserem Selbstverständnis heißt es:

„KommunistInnen wollen gute Arbeit und ein gutes Leben - genauso wie unsere KollegInnen, BündnispartnerInnen - unsere Interessen waren und sind keine besonderen. Wir organisieren den Widerstand mit, stellen stets das Gemeinsame der Kämpfenden in den Vordergrund und setzen auf die ArbeiterInnenklasse als wichtige Akteurin. In dieser Zeit kommt es darauf an, die industrielle Basis im Saarland zu erhalten und weiter zu entwickeln. Es geht um Arbeit, aber auch um die Zukunft eines wichtigen Teils der Arbeiterklasse.

Für uns ist es wichtig, dabei auch für die Stärkung der DKP innerhalb des Saarlandes zu ringen. Eine große Aufgabe dabei ist es, die aktuellen Aktivitäten abzusichern und weiter fortzusetzen. Wir entwickeln die Elemente einer alternativen Landespolitik weiter. Wir wollen mehr Einfluss im Saarland gewinnen, ein Schwerpunkt muss dabei die Verjüngung der Partei werden.

Nutzen wir unsere Chancen! Werben wir für die Politik der DKP!“

Genau darauf wird es ankommen, liebe Genossinnen und Genossen. Lasst uns in diesem Sinne arbeiten – so solidarisch und konstruktiv wie es unsere Art im Saarland ist.

Auf unserer Konferenz wollen wir auch die bezirkliche Leitung neu wählen. Leider haben wir derzeit keinen Vorschlag, durch wen wir den Bezirksvorstand erweitern können. Daher sind unsere Wahlvorschläge dieselben wie auf der letzten Konferenz. Wir schlagen aber vor, in der nächsten Periode mit ständigen Gästen zu arbeiten, um diese Genossinnen und Genossen stärker in die Diskussion einzubinden und langfristig für eine Mitarbeit im Vorstand zu gewinnen. Gut ist, dass wir in der Lage sind, beide Kommissionen zu besetzen. Herzlichen Dank allen Genossinnen und Genossen für ihre Bereitschaft zur Mitarbeit!

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn wir daran festhalten, dass Kommunistinnen und Kommunisten mit ihrer DKP ihren Platz und ihren Stellenwert in den gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen haben und auch einnehmen, dann ist das keine Selbstbeweihräucherung. Es ist für uns eine ständige Herausforderung unter nicht einfachen Rahmenbedingungen.

In unserer EntschlieÙung „Die DKP, ihre Rolle und Ziele im Saarland für einen radikalen Politikwechsel“ verdeutlichen wir, worum es uns in der nächsten Kampfetappe hier vor Ort geht:

„Unser Vorhaben war und ist es, Beiträge zur Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses zu leisten. Wir wollen einen radikalen, inhaltlichen Politikwechsel im Saarland als politischen Neuanfang: Weg vom Neoliberalismus – hin zu demokratischem und sozialem Fortschritt. Wir fordern Schluss mit der neoliberalen Groko-Politik. Wir fordern konsequente Maßnahmen gegen die ökologische Krise. Wir engagieren uns mit anderen für den Fall der Schuldenbremse, mit der nicht nur die arbeitsmarktpolitische Zukunft stranguliert wird. Wir sind dafür, dass die Reichen zahlen müssen! Und wir fordern: Nicht für den Krieg immer mehr finanzielle Ressourcen zu verschwenden, sondern mit der Senkung des Rüstungshaushaltes in die Zukunft der Regionen investieren!“

Kurz formuliert: Strategisch kommt es darauf an, hier im Land Löcher in die Mauer des Neoliberalismus zu schlagen, um sie zum Einsturz zu bringen.

Solche strategischen Überlegungen sind Bestandteil unserer Strategie, tiefgreifende gesellschaftspolitische Veränderungen zu erreichen. Den Traum von einer sozialistischen Gesellschaft haben wir, aber wir suchen auch nach Wegen, wie wir näher an dieses Ziel herankommen können.

Wir wissen heute nicht, wie die kommenden Auseinandersetzungen verlaufen werden und wie groß der Druck für einen radikalen Politikwechsel werden wird. Oder wie groß die neuen Löcher in der Mauer des Neoliberalismus werden können. Wir wissen heute auch nicht wie die Kämpfe für die Zukunft der Stahlindustrie und gegen die drohende Massenarbeitslosigkeit konkret verlaufen werden, welche gesellschaftspolitische Dynamik von ihnen ausgehen wird. Es gibt Anzeichen, dass die Kämpfe nicht so verlaufen und enden werden wie es sich Konzernherren und die Bewahrer des Neoliberalismus vorstellen.

Es wäre nicht das erste Mal in der jüngeren saarländischen Geschichte, dass Landesregierungen in Folge solcher Kämpfe regelrecht weg gefegt wurden. Wir wollen mithelfen, dass die Groko auf der Strecke bleibt, dass es aber nicht nur in einem formalen Regierungswechsel endet.

Aus all diesen Überlegungen schlagen wir vor, diese Auseinandersetzung zu einem Dreh- und Angelpunkt unserer Arbeit in der vor uns liegenden Arbeitsetappe zu machen.

In der vorliegenden EntschlieÙung heißt es am Ende auch: „Es kommt darauf an, die vorhandene Kraft, die vorhandenen Möglichkeiten, klug und effektiv einzusetzen. Es kommt darauf an, politikfähig zu bleiben und immer am Ball und hörbar in den entscheidenden Entwicklungen zu sein.“

Liebe Genossinnen und Genossen,

genau darum geht es jetzt ganz konkret. Es ist eine Kampfaufgabe für uns. Deshalb lasst uns heute unsere strategisches Vorhaben und unsere Möglichkeiten weiter ausleuchten und Maßnahmen beratschlagen, wie wir dabei weiter kommen können. Nutzen wir die Diskussion und die Beschlussfassung.

Keinen Fußbreit Platz für Faschisten! Arbeit statt Profite - gegen Kriegspolitik und gegen Rechts - Klima schützen – Kommunen entschulden - Die Reichen müssen zahlen – DKP stärken!

Glück auf!